

DARMSTADT Links

DIE LINKE.
DARMSTADT
STADTVERORDNETENFRAKTION



FÜR NEUE SOZIALE IDEEN

TEL: 0 61 51/66 90 310 FAX: 0 61 51/66 90 533

INHALT

SEITE 2
Antrag zu Personalstandards für das Klinikum abgelehnt
Arbeitsvermittlung ohne Arbeit
Sondersitzung
Solidarität mit Echo Beschäftigten

SEITE 3
Letzte Lektion für Bert Rürup
Wir zahlen nicht für eure Krise
Nord Ost Umgehung
Wie die Stadt sich selbst erdrosselt

SEITE 4
Unser Stromnetz
Die „Eier legende Wolfsmilchsau“
Utopia
Und die Siedlung Tann

Bürger entscheiden über Nordostumgehung

Ziel knapp verfehlt aber doch Wirkung erzielt

LINKS GEDACHT

Am Ende steht der Dialog

Karl-Heinz Böck



Neuer Fraktionsvorsitzender

Immer wenn die herrschende Politik nicht mehr weiter weiß, veranstaltet sie einen „Dialog“ (wörtlich: Zwiegespräch) So nun auch zur Frage der Nord-Ost-Umgehung in Darmstadt. Aber was nützt das beste Dialogforum, wenn dieses nicht ergebnisoffen ist, sondern nur dem Zweck dient, Überzeugungsarbeit pro NOU zu leisten. Wie die Erfahrungen der Vergangenheit zeigen, ist genau das zu befürchten. Einen Dialog, der in einem Monolog endet, braucht die Nord-Ost-Umgehung nicht. Was man braucht, ist Menschenverstand und bei der SPD ein wenig Mut, dieses Projekt zu begraben.

Der erste Bürgerentscheid in Darmstadt hat sein Ziel, die Verhinderung der Nord-Ost-Umgehung (NOU), knapp verfehlt. Aber er hatte dennoch große Auswirkungen auf die kommunalpolitischen Verhältnisse. Dies spiegelt sich darin wider, dass die Ampelkoalition in Darmstadt faktisch der Geschichte angehört.

Durch das Ausscheren der Grünen bei der Frage NOU gab es in der Koalition keine Mehrheit mehr für ihren Bau, und damit war dieser Koalition aus SPD, Grünen und FDP eine wichtige Grundlage entzogen..

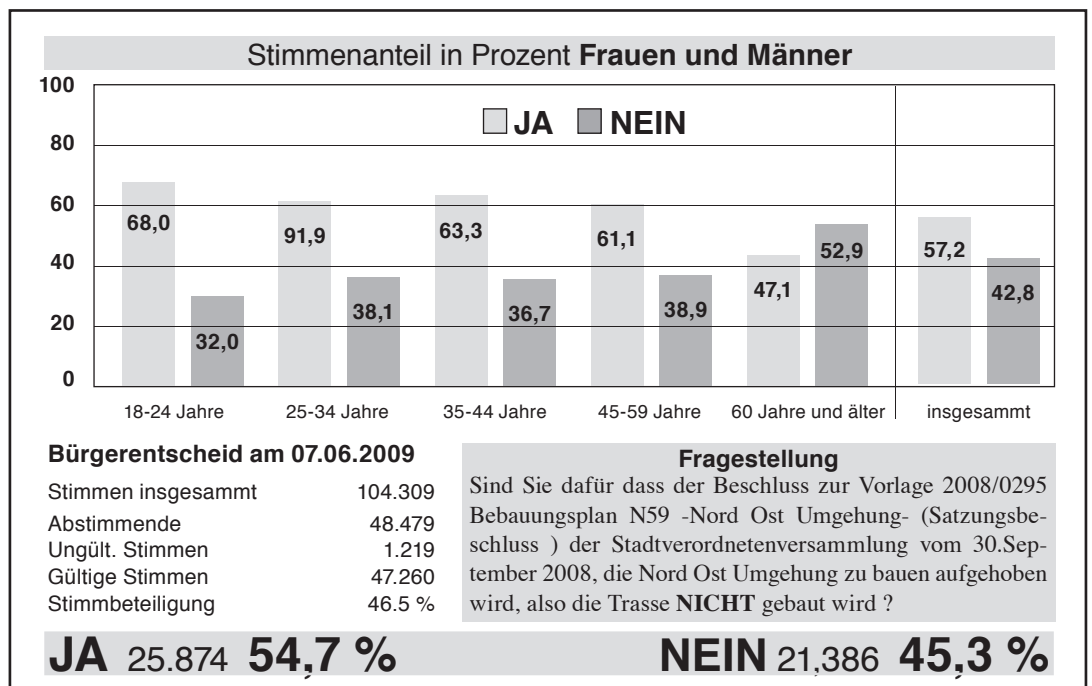
Erschwerend kam hinzu, dass in der Stadtverordnetenversammlung am 30. Juni die Wahl von Brigitte Lindscheid (Grüne) zur neuen Umweltdezernentin angestanden hätte. Dieser Tagesordnungspunkt wurde aber just in dem Moment gestrichen, als die veränderte Haltung der Grünen zur NOU öffentlich wurde. Die Koalitionäre von SPD und FDP machten nunmehr die Wahl von Lindscheid davon abhängig, dass die Grünen dem Bau der NOU zustimmen sollten

Man konnte und wollte Sach- und Personalfragen nicht voneinander trennen, was sehr zu bedauern ist. Der Antrag von fünf Stadtverordneten, die Wahl der Umweltdezernentin doch am 30. Juni durchzuführen, wurde mit den Stimmen von SPD, CDU und FDP abgelehnt. Sollte dieses Abstimmungsverhalten schon Hinweis auf neue Mehrheiten bzw. Koalitionen sein?

Wie aber jetzt weiter mit der NOU?

SPD und FDP haben in dieser Frage keine Mehrheit mehr. Es muss aber nach Ausgang des Bürgerentscheides eine parlamentarische Entscheidung herbeigeführt werden.

Aber eine parlamentarische Mehrheit für den Bau der NOU gibt es. Sie setzt sich aus



SPD, CDU und FDP zusammen: Diese drei Fraktionen stehen zur NOU, obwohl die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in Darmstadt diese ablehnt. Die besagten drei Fraktionen wären gut beraten, wenn sie auf dieses Projekt verzichten würden. Es ist aber leider anderes zu befürchten und dies zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt.

KARL-HEINZ BÖCK / DIE LINKE

Rainer Keil war seit 2001 Stadtverordneter, damals noch für die Liste PDS/DKP und ab 2006 als Fraktionsvorsitzender für die Fraktion „Die Linke“.

Für Rainer Keil rückte Verena Hoppe vom Platz drei der Liste nach. Die Diplom-Psychologin war in der Vergangenheit hauptsächlich im gewerkschaftlichen Bereich tätig, wobei sie sich intensiv um die Rechte und Nöte von Erwerbslosen einsetzte. Sie ist Mitglied der Partei „Die Linke“.

Das Amt des Fraktionsvorsitzenden übernahm Karl-Heinz Böck, der seit 2006 der Stadtverordnetenversammlung angehört. Die beiden Stadtverordneten werden in Zukunft die bisherige Politik fortführen und können sich dabei der Unterstützung der „Erweiterten Fraktion“ sicher sein. Die Fraktion ist weiterhin gegen die geplante Nord-Ost-Umgehung und auch gegen jegliche Privatisierung städtischen Eigentums. Schwerpunkt ihrer Arbeit wird die Sozialpolitik der Stadt sein. Sowohl Verena Hoppe als auch Karl-Heinz Böck stehen als Stadtverordnete hierbei in der Verpflichtung des Kommunalwahlprogramms von 2006.

STADTVERORDNETEN Fraktion mit verändertem Gesicht

Leider musste der langjährige Vorsitzende unserer Fraktion Rainer Keil aus beruflichen Gründen sein Mandat niederlegen. Dies ist politisch und menschlich ein großer Verlust für unsere Fraktion. Er wird aber auch weiterhin in die Fraktionsarbeit eingebunden sein und den beiden Stadtverordneten mit Rat und Tat zur Seite stehen.

DIE LINKE.



TOBIAS PAUL / DIE LINKE

Antrag zu Personalmindeststandards für das Klinikum abgelehnt

Fraktionsmitglied / DIE LINKE

Sowohl im Sozial- und Gesundheitsausschuss als auch in der letzten Stadtverordnetenversammlung lehnten Ampelkoalition und CDU einen Antrag unserer Fraktion ab. Hierbei ging es um die Einführung von Personalmindeststandards am städtischen Klinikum. Der zuständige Dezernent Molter (FDP) gab als Grund an, dass diese Standards bereits erfüllt seien. Stadtverordnete von SPD und Grünen argumentierten, dass diese auf Landesebene eingeführt werden sollten.

Das ist für uns nicht nachvollziehbar. Denn waren doch gerade diese Personalstandards ein wich-

tiger gemeinsamer Punkt der gescheiterten hessischen Koalition von Rot und Grün

Nicht hinzunehmen aber ist die Haltung von Dr. Molter. Es mag ja sein, dass diese Standards im Klinikum im Moment eingehalten werden. Aber ob das Klinikum dies nach Veränderung der Rechtsform in eine GmbH in Zukunft beibehalten wird, ist sehr fraglich. Unsere Fraktion befürchtet, dass die harmlos scheinende „Änderung“ nur ein erster Schritt zu einem späteren Verkauf und damit zur Privatisierung darstellt.

Daher ist eine Einführung und Festschreibung von Personalmindeststandards unabdingbar. Leider konnten sich die entsprechenden Gremien unserer Stadt nicht dazu

durchbringen, diesem Antrag zuzustimmen.

Besonders nachdenklich für die Zukunft des Klinikums stimmt uns die Besetzung des Aufsichtsrates der GmbH. Der Magistrat lehnt einhellig die sonst übliche Regelung ab, dass ein Vertreter der zuständigen Gewerkschaft Verdi einen Sitz im Aufsichtsrat erhält. Wenn der zuständige Dezernent dies für unwichtig hält, kann man das noch nachvollziehen. Schließlich gehört er einer Partei an, die nicht unbedingt als gewerkschaftsfreundlich gilt. Aber der Oberbürgermeister war immerhin einmal DGB-Vorsitzender unserer Region. Dass er dieses Treiben mitträgt, ist unseres Erachtens unverständlich und ein Affront gegenüber der Gewerkschaft Verdi.



FRANK GERFELDER / DIE LINKE

Arbeitsvermittlung ohne Arbeit?

Vom Sinn der Ausgabe von Vermittlungsgutscheinen

Fraktionsmitarbeiter / Die Linke DA

In jüngster Zeit ließ sich beobachten, dass die ARGE Darmstadt vermehrt zu Gruppeninformationsveranstaltungen einlud. Ziel dieser Veranstaltungen war der Abschluss sogenannter Eingliederungsvereinbarungen (§ 15 Sozialgesetzbuch II) mit Hartz IV-Beziehern. Mit der Eingliederungsvereinbarung (EV) soll die im SGB II angestrebte enge Verknüpfung von „Fordern und Fördern“ umgesetzt werden. Nach Vorstellung des Gesetzgebers soll die EV deshalb möglichst individuell und passgenau auf den einzelnen Hilfebedürftigen zugeschnittene Rechte und Pflichten beinhalten.

Die Tatsache, dass die ARGE Darmstadt den Prozentsatz abgeschlossener Eingliederungsvereinbarungen gegenüber der Bundesagentur für Arbeit (BA) erhöhen muss

– dies verlautebare unlängst der ARGE-Geschäftsführer Eidmann – führte bereits in der Vergangenheit zu derartigen Gruppenveranstaltungen, die der Intention individuell ausgehandelter Eingliederungsvereinbarungen, wie dies der Gesetzgeber beabsichtigte, Hohn sprachen.

Doch die jüngst stattgefundenen Gruppeninformationsveranstaltungen wiesen eine neue Qualität auf. Dort wurden Eingliederungsvereinbarungen an Hartz IV-Bezieher ausgehändigt, die die Punkte „Vermittlungsgutschein“ und „Einschal-

tung privater Arbeitsvermittler“ enthielten. Mit dem sogenannten Vermittlungsgutschein werden private Arbeitsvermittler von den Hilfebedürftigen per Vertrag beauftragt tätig zu werden. Nach erfolgreicher Vermittlung und einer sechsmonatigen Beschäftigungsdauer erhält der private Vermittler 2000,- bzw. 2500,- Euro.

In besagten Veranstaltungen der ARGE wurden explizit keine privaten Arbeitsvermittler für Darmstadt und die umliegende Region genannt. Dies ist kein Zufall. Besteht doch die Mehrzahl privater Arbeitsvermittler aus sogenannten Leiharbeitsfirmen, besser bekannt unter dem Begriff Zeitarbeit. Diese Branche steckt zur Zeit in einer massiven Krise. Diese Krise verschärft drastisch die Konkurrenz unter diesen Unternehmen. Die Folge: Nur die großen Zeitarbeitsanbieter werden übrig bleiben und in der kommenden Konjunkturphase verstärkt profitieren.

Wenn aber die Zeitarbeitsbranche momentan krisenbedingt rückläufig ist, so gilt dies gleichfalls für den Markt privater Arbeitsvermittler. Wo also zur Zeit keine Arbeitskraft nachgefragt wird, da gibt es auch nichts zu vermitteln. Da stellt sich zwangsläufig die Frage, warum die ARGE Darmstadt auf den Gedanken verfällt, ausgerechnet jetzt Vermittlungsgutscheine auszuhändigen?

Mit Mai diesen Jahres wurden

erneut die Kriterien der Arbeitslosenstatistik verändert. Wenn nunmehr private Arbeitsvermittler tätig werden, zählt der von ihnen betreute Arbeitslose nicht mehr als arbeitslos. Mit Einschaltung eines privaten Arbeitsvermittlers ist der Erwerbslose mithin Teil einer „arbeitsmarktpolitischen Maßnahme“. Das ändert zwar nichts an den realen Verhältnissen aber der Status ist ein anderer und damit die Statistik bereinigt

Unsere Fraktion

fordert in einem Antrag, die Anzahl der ausgegebenen Vermittlungsgutscheine anzugeben. Dieser Antrag dringt darauf, dass von Sozialdezernent Partsch (Grüne) seit Januar diesen Jahres veröffentlichte „Datenblatt zur sozialen Grundrisserhebung“ sinnvoll zu erweitern

Mit der Annahme unseres Antrages sollen der vollmundigen Ankündigung des Sozialdezernenten; „... Transparenz und Übersichtlichkeit über dieses wichtige kommunale sowie sozial- und arbeitsmarktpolitische Handlungsfeld ...“ herzustellen, endlich Taten folgen.

Im Internet

<http://www.linksfraktion-darmstadt.de/parlament/antrag/56/datenblatt.pdf>



RAINER KEIL / DKP

Sondersitzung: Fraktion solidarisch mit „Echo“-Beschäftigten

FRAKTIONSMITGLIED / DIE LINKE DA

Mit der Situation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beim „Darmstädter Echo“ befasste sich unsere erweiterte Stadtverordnetenfraktion in einer Sondersitzung. Dabei erklärte sich die Fraktion solidarisch mit dem Kampf der „Echo“-Beschäftigten für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze. Eingehend geprüft wurden auch konkrete kommunalpolitische Möglichkeiten der Unterstützung.

Die Druckstandorte des „Darmstädter Echo“ und der „Mainzer Allgemeinen Zeitung“ sollen im Juni 2010 geschlossen werden. Damit sind rund 450 Beschäftigte aus Druckerei, Weiterverarbeitung und Betriebsinstandhaltung vom Verlust des Arbeitsplatzes bedroht. Gemeinsam mit der Verlagsgruppe Rhein-Main (VRM) wird der Verleger und Geschäftsführer der Medienhaus Südhessen GmbH („Darmstädter Echo“), Hans-Peter Bach, im Rüsselsheimer Gewerbegebiet „Blauer See“ ein neues Druckzentrum bauen. Die Maschinen für Druckerei und Weiterverarbeitung sind bereits bestellt – rund 100 Millionen Euro sollen seitens der Medienhaus Südhessen GmbH investiert werden. Beide Zeitungsverlage werden ihre Druckhäuser in Darmstadt und Mainz-Mombach schließen. Rund 150 Darmstädter (alle in der Echo Druck und Service GmbH (EDS) beschäftigt) und circa 300 Mainzer Drucker, Aushilfen, Helfer, Mitarbeiter der Betriebsinstandhaltung und Weiterverarbeitung werden ihren Arbeitsplatz verlieren, werden gekündigt und haben die Möglichkeit sich um einen Arbeitsplatz im neuen Druckzentrum zu bewerben (auch bereits eingesetzte Leiharbeiter). Zu vermuten ist, dass auch ein wesentlicher Anteil an Leiharbeitern im neuen Druckzentrum eingesetzt werden soll.

Die meisten der Betroffenen sind über 40 Jahre alt. Die Chancen auf dem Arbeitsmarkt für eine Hilfskraft oder eine Fachkraft in diesem Alter tendieren gegen Null. Im Dezember 2008 war zu hören, dass insgesamt voraussichtlich etwa 200 Beschäftigte in Rüsselsheim gebraucht werden.

Durch die höhere Automatisierung im Rotations- und Weiterverarbeitungs-

bereich befürchten Betriebsräte, dass noch weniger Fachkräfte eingesetzt werden und die Zahl der Helfer fast auf Null zurückgefahren wird. Für die Zukunft der restlichen Abteilungen in der Echo Druck und Service GmbH, so wurde noch im Dezember 2008 seitens technischer Leitung und Personalleitung kommuniziert, überlege man eine Übernahme in eine bereits bestehende GmbH oder die Neugründung einer solchen.

Im März 2009 kamen Gerüchte auf, wonach weitere technische Bereiche geschlossen werden sollen. Dies wurde jedoch von Verleger Hans-Peter Bach dementiert: „... man überlege noch!“ Jüngst wurde dem Betriebsrat erklärt, dass man diese technischen Bereiche (es soll durch Fremdvergabe günstiger produziert werden) und die restlichen Abteilungen Druckereibüro, Warenannahme, Materiallager und Fuhrpark auch schließen will.

Betriebsrat und gewerkschaftliche Vertrauensleute fordern die Tarifbindung im neuen Druckzentrum! Beide Verlage versuchen sich der Tarifbindung, dem Tarifvertrag der Druckindustrie, mittels Gründung einer neuen Gesellschaft – der Druckzentrum Rhein-Main GmbH und Co. KG (DRM) – zu entledigen! Im Klartext heißt das: Gehaltsstruktur, Arbeitszeit, Schichtzuschläge, Urlaubstage und Maschinenbesetzungsregeln und andere tariflich gebundene Rechte sollen künftig nach „Gutsherrenart“ durch die neue Geschäftsführung bestimmt werden.

In den vergangenen Monaten wurden von Betroffenen und Mitgliedern eines gegründeten Solidaritätskomitees zahlreiche Unterschriften gesammelt, Infostände in der Innenstadt durchgeführt und an zwei Tagen mit Warnstreiks Druck gemacht. Zu einer Protestveranstaltung vor dem „Darmstadtium“ kamen ca. 200 Menschen. Der dort auftretende Oberbürgermeister versicherte den Beschäftigten seine Solidarität. Wir werden prüfen, ob außer schönen Worten auch konkrete Taten des Magistrats folgen werden.



Demonstration der Beschäftigten gegen die neuen Pläne des DARMSTER ECHO



Letzte Lektion für Bert Rürup

LISA HOFFMAN / DIE LINKE

FraktionsmitarbeiterIn / DIE LINKE DA



Unsere Fraktion erhielt unlängst eine Einladung des Präsidenten der Technischen Universität Darmstadt (TUD), Herrn Prof. Dr. Hans Jürgen Prömel. Wir wurden für den 2. Juli, ins Audimax der TUD eingeladen. Grund der Einladung war die Abschiedsvorlesung des Prof. Dr. h.c. Bert Rürup. Diese sollte den Titel tragen:

„Vom Elend der wissenschaftlichen Politikberatung“.

Normalerweise ist eine solche Veranstaltung, die fraglos einer Beweihräucherung einer vermeintlich ‚wissenschaftlichen‘ Lebensleistung dient, unsere Sache nicht. Doch allein der Titel dieser sogenannten ‚Last Lecture‘ ließ hoffen, dass ein solches Event nicht unbeachtet und vor allem nicht unwidersprochen bleiben würde

Über Prof. Rürup ein weiteres Wort zu verlieren, hieße Eulen nach Athen zu tragen. Rürup, der angebliche „Rentenpapst“, war laut einer Umfrage der Financial Times einer der wenigen deutschen Wirtschaftswissenschaftler mit nennenswertem Einfluss auf die Politik.

Dieser, im Mantel der Wissenschaftlichkeit einhergehende Büttel des Kapitals, ist seit April dieses Jahres sogenannter „Chefökonom und Sonderberater“ bei dem Versicherungs- und Finanzdienstleister AWD, der zum Swiss Life-Konzern gehört. An seinem Entschluss in die Privatwirtschaft zu wechseln kann Rürup nichts Ehrenrühriges finden. Er habe „ein außerordentlich gutes Gewissen“, sein Knowhow nun in den Dienst eines Versicherungs-vertriebes zu stellen. Er führe die von ihm erfundenen Modelle zur Altersvorsorge jetzt fort, in dem er sie quasi auch verkaufe.

„Last Lecture“ mit Überraschungseffekt

Als wir am 2. Juli das Audimax betreten wollten, wurde schon im Eingangsbereich deutlich, dass die Veranstalter mit einem nicht so ganz reibungslosen Ablauf rechneten. So wurden an den Saaleingängen von einem martialisch wirkenden externen Sicherheitsdienst vehemente Kontrollen vorgenommen, um, wie der Pressesprecher der TUD

im -Nachhinein kundtat: Störungen, Tortenwürfe oder Gefährlicheres (zu) verhindern“.

Das Audimax füllte sich trotz dieser Umstände, und TUD-Präsident Prömel begann mit einer launigen Laudatio die „33jährige Schaffenskraft“ und das „internationale Renommee“ des Prof. Rürup zu würdigen. Als Besagter zum Mikrofon schritt, begann ein gellendes Pfeifkonzert und ein beherztes Gespann eilte auf die Bühne und entfaltete ein Transparent mit der Aufschrift:

„Wir zahlen nicht für eure Krise!“

Dem ohrenbetäubenden Lärm der Demonstranten hatte der mittlerweile emeritierte Rürup nichts entgegenzusetzen. Verdattert, wie der Rest der Veranstalter, beriet man sich am Bühnenrand und selbst ein Appell des TUD-Präsidenten verhallte ungehört im ununterbrochenen infernalischen Konzert. Nach circa einer halben Stunde sah sich Präsident Prömel gezwungen, die „Lecture“ abzubrechen. Doch einige Jünger Rürups wurden ob des Abbruches derart rabiat, dass sie versuchten, einzelne Demonstranten physisch zu attackieren und deren Transparente herunterzureißen.

So wurden durch die im Publikum sitzenden Zivilpolizisten – deren Anwesenheit die Universitätsleitung im Vorhinein befürwortet hatte – eine Einsatzgruppe vom Schlossrevier herbeigerufen, die eine Anzeige gegen einen „Rürup-Befürworter“ aufnahm.

Ob, wie TUD-Präsident Prömel in einer Pressemitteilung kundtat, „Wir ... die Veranstaltung zu einem späteren Zeitpunkt nachholen (werden)“, ist bisher nicht bekannt geworden.

Laut dem Deutschen Depeschendienst ist nach Angaben des frühen Wirtschaftsweisen Rürup: „eine neue „Last Lecture“ ... nicht geplant.“ Mal sehen ...



Nord-Ost-„Umgehung“

– wie die Stadt sich selbst erdrosselt –

WERNER KRONE / DKP

Fraktionsmitarbeiter / DIE LINKE DA

Was ist „Daseinsvorsorge“ ?

Zu den Kernaufgaben unserer Stadt gehört die Grundversorgung, die auch als „Daseinsvorsorge“ bezeichnet wird. Hierzu gehören: Die Versorgung mit Energie und Wasser, Entsorgung von Abfall und Abwasser, öffentlicher Personennahverkehr, Straßenbau und -reinigung, Bauleitplanung, Sozialhilfe, Jugendhilfe, Kindertagesstätten, Schulträgerschaft, Wohnungsbau, Kulturpflege (Büchereien, Museen, Theater), Gesundheitswesen, Krankenhäuser, Rettungsdienst, Katastrophenschutz, öffentliche Sicherheit, Schwimmbäder, Feuerwehr, Friedhöfe und auch Sparkassen, zoologische und botanische Gärten werden oft dazu gezählt. Nicht dazu jedoch werden gezählt: Überregionale Straßenerschließungen wie die Nord-Ost-„Umgehung“ und Kongresszentren.

Finanziell im Schwitzkasten

Darmstadt steckt in einer Finanzkrise. Kämmerer Wolfgang Glenz (SPD) hat einen Ausgabestopp bei freiwilligen Leistungen erlassen und eine Haushaltsperre von 20 Prozent verhängt. Aber was sind freiwillige Leistungen ?

Vor allem im Sozialetat gibt es solche freiwilligen Leistungen. Die Ferienspiele zum Beispiel. „Die werden auf alle Fälle ausgerichtet“, erklärte Sozialdezernent Partsch. Er spricht in einem Interview lieber von „so genannten freiwilligen Leistungen“.

Darmstadts Waldschlösschenbrücke

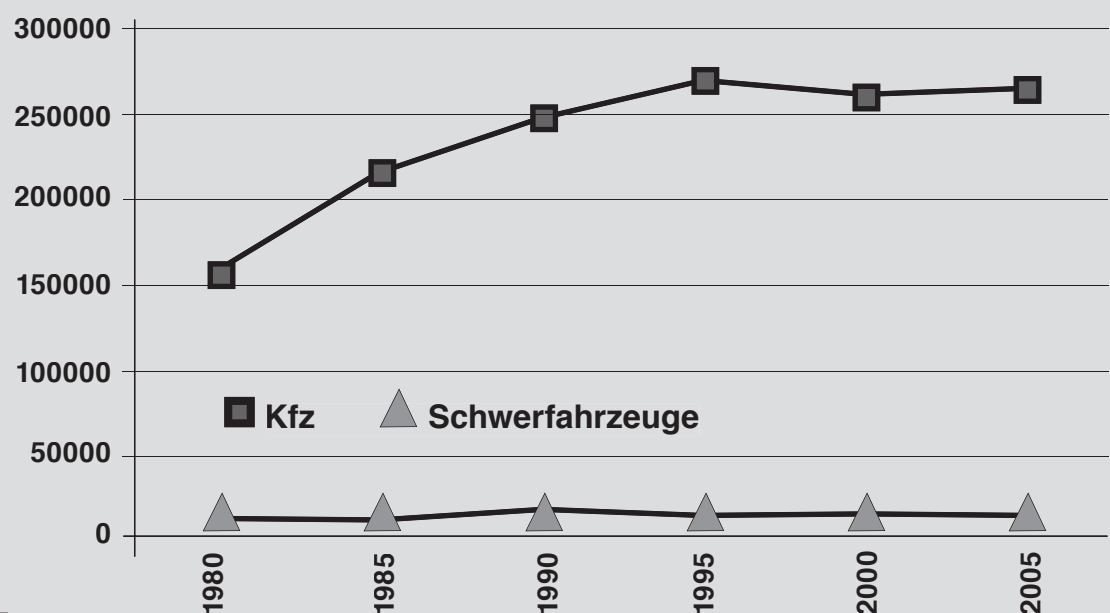
Ursprünglich wurde die Nord-Ost-„Umgehung“ an der Mathildenhöhe als offene Verkehrsschneise geplant. Das hätte die Hoffnungen, die Stadt werde mit ihren Jugendstilbauten einmal als Weltkulturerbe anerkannt, von vornherein zerstört. Daher gab es einen öffentlichen Aufschrei, der eine Änderung der Planung erzwang.

Gemäß offizieller Schätzung der Stadt soll der hin- und zurück gekommene Tunnel zwischen Ostbahnhof und Dieburger Straße 16,2 Millionen € kosten. Weitere 6 bis 10 Millionen € soll die Stadt für die Ablösung der Erhaltungskosten in der Zukunft zahlen. Wieso muss die Stadt dies an den Bund bezahlen? Geht es um privaten Spaß der Anlieger oder um die Mathildenhöhe fast eine eben solche Barbarei bedeutet wie Müllverbringung in der Messeler Grube ? Sollte der Bund sich querlegen, wäre dies ein Grund mehr, sich zu verweigern.

Falsche Zahlen sind falsche Münzen

Es wird stets suggeriert, der Verkehr würde stetig zunehmen. Das ist falsch. Die hessische Straßenbauverwaltung zählt alle 5 Jahre den Verkehr. Wenn der in die Stadt ein- und ausfließende Tagesverkehr zusammengezählt wird, ergibt sich seit 1980 folgendes Bild (siehe Grafik 1)

Tagessumme aller Kfz von und nach Darmstadt-Mitte



Die Schulsozialarbeit, das Angebot in den Jugendhäusern, das Seniorenprogramm, die Kinder- und Jugendfarm in Kranichstein zählt er dazu. Davon will er aber nichts streichen. Kurzfristiges Sparen sei im Sozialbereich „kontraproduktiv“. Wenn präventive Angebote fehlten, könne das später teuer zu stehen kommen.

Das Haus bröckelt was soll der neue Balkon?

Wie bei den Schulen, den Schwimmbädern und den Grünanlagen wird viel zuwenig für die Instandhaltung ausgegeben. So müsste der Haushalt für Straßenerneuerung und -reparatur 7 bis 8 Millionen Euro vorsehen. In der Spitze wurden 1,2 Millionen ausgegeben. Was also soll eine neue Straße, welche auf ihrem städtischen Anteil (Carl-Schenck-Ring) die Unterhaltungslast noch vergrößert ?

Die Stadt hat nicht mal das Geld, sich mit einer halben Million an der geplanten Busspur zwischen Trautheim und Böllenfalltor zu beteiligen.

Statt wahrer Zahlen werden ständig neue Prognosen gezaubert.

Auch die Befragung der Lkw-Fahrer vom Mai 2006 wurde trotz unserer Anfrage hierzu nicht offengelegt

Lkw-Maut auf der B 26

Auf dem Cityring sind in jeder Ampelphase 2 bis 3 Sattelschlepper dabei. Unklar ist, ob sie Ziele in der Stadt, im Landkreis oder im Odenwald ansteuern oder einfach nur Mautflüchtlinge sind. Wir haben daher vor zwei Jahren einen Antrag eingebracht:

„Der Magistrat wird beauftragt, sich zusammen mit dem Landrat des Landkreises Darmstadt-Dieburg beim Bundesminister für Verkehr dafür einzusetzen, dass die ohnehin z. T. autobahnähnlich ausgebaute B 26 im Abschnitt zwischen B 469 (Umgehung Stockstadt a. M.) und Darmstadt als Lkw-Mautstrecke ausgewiesen wird und am Ende der vierspurigen Ausbaustrecke eine Mautbrücke erhält.“

Fortsetzung S. 4

Fortsetzung Seite von 3

Der Antrag wurde abgewiesen. Lkw, deren Zustand, die Ladung und Papiere werden nur sporadisch kontrolliert. Statt dessen wird die Nord-Ost-„Umgehung“ angeboten als Heilmittel für Feinstaub, Lkw-Lärm, als weiße Salbe eben.

Wer will schon durch einen hohlen Tunnel?

Für viele Zeitgenossen ist die Durchfahrt durch einen Autotunnel mit Beklemmung verbunden. Dass der Tunnel nur zwei Spuren hat und keine Notfallspur, macht die Sache nicht besser.

Und ob Lkw-Fahrer die Route durch den Norden der Stadt wählen würden, steht auch nicht fest. Sie werden weiterhin Navigationsgeräte und Routenplaner benutzen. Vor allem nachts wird nach wie vor der Weg durch die Stadt gewählt, weil er meistens kürzer ist.

Alternative zur Nord-Ost-„Umgehung“ für den Rhönring: Tempo 30

Ausgerechnet der Rhönring-Spessarttring-Fiedlerweg soll als Grund erhalten. Hinsichtlich des Verkehrs steht der Straßenzug erst an 16. Stelle der Straßen in Darmstadt. Er soll oberhalb der Einmündung Heinheimer Straße gemäß Prognose bei einer Nord-Ost-„Umgehung“ nur noch den halben Verkehr aufweisen. Eine Halbierung der Verkehrsmenge mindert den Verkehrslärm um 3 De-

zibel. Aber: Bei weniger Verkehr wird auch schneller gefahren. Da jetzt in der Hauptverkehrszeit faktisch Tempo 30 herrscht, bedeutet eine Zunahme der Geschwindigkeit auf 50 km/h wieder eine Zunahme des Lärms um 3 Dezibel. Hinzu kommt: Wegen des ruhigen Verkehrsflusses können jetzt Fußgänger auch zwischen den Ampeln über die Straße, weil das Temperament der Autofahrer gedämpft wird. Mittelinseln und Verkehrsfluss machen den Rhönring relativ sicher. Viel wichtiger ist für die Bewohner dieses Straßenzuges das bestehende Durchfahrverbot für Lkw. Ein Brummi ist im Durchschnitt bei Tempo 50 so laut wie zwanzig Pkw! Was aber ist mit diesem Verbot, wenn die Verkehrsmenge stark abgenommen hat? Auf jeden Fall bleibt der Rhönring eine Hauptverkehrsstraße.

Zusammen mit einem Fortbestehen des Lkw-Durchfahrverbotes (und ab und an eine Überwachung) ist der Lärm für Rhönring-Spessarttring-Fiedlerweg sogar geringer als mit einer Nord-Ost-„Umgehung“ und das auf ganzer Länge dieses Straßenzuges!

Durchgangsverkehr wird überschätzt

Der Großteil des Kfz-Verkehrs in Darmstadt wird von Pendlern verursacht, für die das Oberzentrum Darmstadt wichtiger Arbeitsplatz-, Ausbildungs- und Versorgungsstandort ist. Ein Viertel aller Kfz-Fahrten werden innerhalb der Stadt unternommen (Binnenverkehr).

Lediglich 8 % Prozent der Kfz-Fahrten treten als Durchgangsverkehr auf.

unserer Fraktion vom 25.05.2009.

Wir wollten in dieser großen Anfrage natürlich mehr wissen – insbesondere was die Strategie der Stadt und des Magistrats betrifft. Ist es Absicht der Stadt – vom Oberbürgermeister in der regionalen Presse öfter angedeutet – die Anteile der Thüga AG (und somit von e.on) an der HSE in Höhe von 40 % zurückzukaufen? Hält der Magistrat die Versorgung und Verteilung von Strom für eine Aufgabe der kommunalen Daseinsvorsorge?

Wir haben – wie schon oft in Vergangenheit – darauf mit Verweis auf die hessische Gemeindeordnung keine Antwort erhalten. Führende Politiker der damals noch bestehenden Ampelkoalition wurden und werden nicht müde zu betonen, es handele sich nicht um eine Veräußerung des Stromnetzes, sondern nur um eine „Übertragung“

Auf Raten

Das vorgestellte Konstrukt hat Aspekte einer „eierlegenden Wollmilchsau“. Man gründe eine Tochtergesellschaft, gliedere bestimmte Unternehmensteile aus, entdecke „stille Reserven“ und finanziere dann damit

die umstrittene Nordostumgehung

Was sind das für stille Reserven? Personalabbau? Geplante Kooperationen mit anderen Netzbetreibern? Oder hat HSE-Chef Filbert im Keller der Frankfurter Straße eine gut gefüllte Schatztruhe entdeckt?

Wir vermuten eine Privatisierung auf Raten. Ein vorher ausgegliederter Bereich ist zukünftig einfacher abzustoßen. Denn die Bedingungen für den Verkauf des Stromnetzes sind zur Zeit mehr als schlecht. Große Energiekonzerne, von e.on bis Vattenfall, wollen zur Zeit ebenfalls ihre Netze loswerden. Offizieller Grund ist Druck seitens der EU, näher an der Wahrheit ist aber wohl der teilweise marode Zustand der Netze. Hier werden in naher Zukunft hohe Investitionen notwendig sein. Wer will aber die Netze kaufen? In der politischen Diskussion ist eine bundesweite „Netz AG“,

die dann die Oberhoheit bekommen soll. Sie hielte, gewissermaßen als Holding, alle deutschen Übertragungsnetze. Investoren könnten sich daran beteiligen.

Zustände wie in den USA will hoffentlich keiner. Dort hat der zwischen den Energiekonzernen herrschende Wettbewerb zu einem völlig maroden Stromnetz geführt.

Stromnetze zu unterhalten ist kostspielig, und deshalb hat sich in den letzten Jahren niemand um die Instandsetzung dieser Netze gekümmert.

Das HSE-Netz gehört zur Zeit immer noch mehrheitlich uns als Darmstädter Bürgerinnen und Bürgern. Es stellt sich daher die Frage, ob wir unser Stromnetz Großkonzernen wie e.on oder windigen Investoren überlassen wollen.



VERENA HOPPE / DIE LINKE

Utopia und die Siedlung Tann

Fraktionsmitglied / Die Linke Da

In der letzten Bauausschuss-Sitzung vor der parlamentarischen Sommerpause stellte die Bahn ihren Vorschlag zur ICE-Anbindung für Darmstadt vor. Dies wurde nötig, da Oberbürgermeister Hofmann, mit einem politischen Alleingang, die Anbindung an den Hauptbahnhof verworfen hatte.



In einer sehr gut besuchten Ausschusssitzung erklärten die Vertreter der Bahn die Vorzüge eines ICE-Haltes in der Siedlung

Tann. Besonders beeindruckend war eine Vision die an die Frankfurter Skyline erinnerte und nicht an einen Bahnhof. Als es aber dann ins Detail ging sah hier die Sache schon anders aus. Die Bahn würde nur die Anbindung und einen Betondeckel darauf bezahlen. Man stellte aber in Aussicht das man auch noch einen entsprechenden Eingang finanzieren würde. Für dessen Bebauung und Nutzung müsste schon die Stadt einen Financier besorgen. Also nichts mit Utopia!

Auch über die Kosten eines solchen ICE-Haltes konnte man nur auf mehrmaliges Nachfragen einen groben Schätzwert erfahren, der mit einer niedrigen, zweistelligen Millionenhöhe angegeben wurde.

Auf Nachfrage von mehreren Stadtverordneten erklärten die Herren der Bahn dass ein Halt von Nahverkehrszügen im neuen Bahnhof nicht vorgesehen sei. Spätestens bei dieser Aussage sollte klar gewesen sein, sollte es wirklich zu einem solchen ICE-Halt kommen, hätte man in einigen Jahren eine verlassene Bahnstation. Denn was soll es für Reisende einen Sinn machen, erst mit dem Nahverkehrszug an den Hauptbahnhof zu kommen dann in die Straßenbahn zu steigen um endlich in der Siedlung Tann einen der beiden ICE-Züge zu erreichen? Denn mehr als zwei Züge in der Stunde sind von der Bahn für einen Halt in Darmstadt nicht vorgesehen.

Diese Vorstellung konnte uns nicht überzeugen, sie bestärkt uns nur in unserer bisherigen Haltung: eine Anbindung an das Streckennetz des ICE durch eine schnelle S-Bahn an den Fernbahnhof des Frankfurter Flughafens. Dort gibt es mehr als zwei ICE-Züge in der Stunde und das würde auch den Hauptbahnhof in Darmstadt als regionale Drehscheibe stärken.

RAINER KEIL / DKP
FRAKTIONSMITGLIED DIE LINKE DA

Unser Stromnetz Die „Eier legende Wollmilchsau“

Im Zuge der Diskussion um die Finanzierung der geplanten Nordostumgehung wurde von Stadtrat Wenzel (SPD) ein Finanzierungsvorschlag in der Stadtverordnetenversammlung eingebracht. Durch die in 2007 bereits beschlossene Übertragung auf eine neu zu gründende „HSE Netz AG“ erhofft man sich - „durch die Aufdeckung stiller Reserven“ - eine voraussichtliche Mehrausschüttung an die Aktionäre in Höhe von 166 Millionen Euro.

Da die Stadt Darmstadt mit 50,2 % an der HSE beteiligt ist, wären dies für die Stadt etwa 80 Millionen Euro. Nachzulesen ist dies in einer Antwort auf eine große Anfrage

ICH INTERESSIERE MICH FÜR DIE LINKE DARMSTADT

Bitte schicken Sie mir

Einladungen zu Treffen

per Post per Mail

Name, Vorname

ggf. Adresszusatz

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort



**DIE LINKE. DARMSTADT
STADTVERORDNETENFRAKTION
Landgraf-Philipp-Anlage 32
64283 DARMSTADT**

IMPRESSUM



Darmstadt Links erscheint in vier Ausgaben im Jahr. Auflage 15 000 Exemplare

LAYOUT & GESTALTUNG
Hans Ulrich Vergin
Keine Textkorrektur

**DIE LINKE, DARMSTADT
STADTVERORDNETENFRAKTION**

Landgraf-Philipp-Anlage 32
64283 DARMSTADT

BÜROZEITEN

Mo. 16:30 - 18:00 Uhr
Mi. 16:00 - 18:00 Uhr

**TEL : 0 61 51 / 66 90 310
FAX : 0 61 51 / 66 90 533**